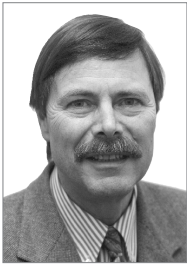


FÜR DIE STÄRKUNG SOZIALER NETZE



Aktuelle Anforderungen an
Soziale Arbeit im Gemeinwesen



Gerd Wenzel



Wolfgang Luz

Sehr geehrte Damen und Herren,

Gemeinwesenarbeit ist neben sozialer Gruppenarbeit und Einzelfallhilfe ein wichtiges Arbeitsprinzip der Sozialen Arbeit. Gemeinwesenorientiertes Denken, Handeln und Arbeiten beschreibt eine Grundhaltung moderner Sozialer Arbeit.

Der PARITÄTISCHE Bremen hat sich mit den Grundorientierungen der eigenen Sozialen Arbeit auseinandergesetzt. Dabei stand die Frage im Mittelpunkt: Was braucht der Mensch als soziales Wesen? Welche sozialen Anknüpfungspunkte bringt er mit? Wie können vorhandene soziale Beziehungen gestärkt und erweitert werden? Welche Selbsthilfepotenziale sind vorhanden?

Eine solche grundsätzliche Orientierung auf die Bedürfnisse des einzelnen Menschen hat weitreichende Konsequenzen für die Erbringung sozialer Dienstleistungen, vor allem für die Strukturen von Trägern. Es bedeutet ein Weg von der Angebotsorientierung und ein Hin zur konsequenten Subjektorientierung.

Mit einer Veranstaltungsreihe hat der Paritätische im Frühjahr 2009 verschiedene Aspekte der Gemeinwesenorientierung betrachtet. Leitfragen waren:

- Was ist heute gemeinwesenorientiertes Handeln?
- Wie können soziale Dienstleistungen gemeinwesenorientiert angeboten werden?
- Wie prägt ein gemeinwesenorientierter Blick das Verständnis von Sozialer Arbeit?

In dieser Broschüre dokumentieren wir die Vorträge dieser Veranstaltungsreihe.

Zusätzlich hat der Verbandsrat des Paritätischen Bremen Leitlinien einer modernen Gemeinwesenarbeit im Paritätischen entwickelt, die wir ebenfalls veröffentlichen.

Wir möchten mit dieser Broschüre die innerverbandliche Debatte über Gemeinwesenorientierung anregen und freuen uns über Ihre Anregungen, Kritik und Ideen.

Herzliche Grüße



Gerd Wenzel, Vorsitzender des Verbandsrates



Wolfgang Luz, Vorstand

INHALT

- Seite 6 | **Soziale Arbeit in Zeiten der Krise**
Plädoyer für eine (Neu)Positionierung und (Re-)politisierung im kommunalen Raum
Prof Dr. Frank Bettinger, Bremer Institut für Soziale Arbeit und Entwicklung an der Hochschule Bremen/ Ev. Fachhochschule Darmstadt
- Seite 12 | **Gemeinwesenorientierung in der Stadtteilarbeit**
Handlungsansätze für den demografischen Wandel
Joachim Barloschky, Quartiermanager in Osterholz-Tenever
Alexander Künzel, Vorstand Bremer heimstiftung
- Seite 20 | **Gemeinwesenorientierung als zentraler Bezug bremischer Sozial- und Jugendpolitik**
Dr. Michael Schwarz, Referatsleiter Kinder- und Jugendförderung, Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales
- Seite 29 | **Für die Stärkung sozialer Netze**
Leitlinien für eine moderne Gemeinwesenarbeit im Paritätischen Bremen



Diskussion in Anschluss an den Vortrag von Prof. Bettinger

Plädoyer für eine (Neu)Positionierung und (Re-)politisierung im kommunalen Raum

Prof. Dr. Frank Bettinger

Bremer Institut für Soziale Arbeit und Entwicklung an der Hochschule Bremen/ Ev. Fachhochschule Darmstadt

Der Begriff Gemeinwesenarbeit wird mit unterschiedlichen Inhalten gefüllt: Er wird verwendet als Methode der Sozialen Arbeit. Andere bezeichnen Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip der Sozialen Arbeit. Auch die Begriffe Quartiersmanagement oder Sozialraumorientierung werden häufig synonym verwendet.

Es geht mir in diesem Beitrag um die Darstellung folgender Themen:

1. Wie kann man das Prinzip „Gestaltung des Sozialen“ beschreiben? Was sind Gegenstand, Funktion und Aufgaben von Sozialer Arbeit?
2. Wie sieht der dazu gehörige rechtliche Rahmen Sozialer Arbeit, speziell der Kinder- und Jugendhilfe aus?
3. Vorstellung eines eigenen Modells für sozialpädagogische Praxis
4. Warum ist sozialpädagogische Praxis ohne Planungsprozesse im Sozialraum nicht sinnvoll? Plädoyer für eine sozialraumorientierte Jugendhilfeplanung und Konzeptentwicklung

1. Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit

Es geht in der Sozialen Arbeit nicht darum, „ordnungspolitische Lösungen“ für die Arbeit mit bestimmten „auffälligen Zielgruppen“ durchzusetzen. Sozialpädagogik hat nichts mit der Lösung von sozialen Problemen, wie Kriminalität oder Gewalt bei Jugendlichen zu tun. Kinder- und Jugendarbeit hat andere Aufgaben.

Soziale Arbeit hat sich nicht an den Arbeitszuweisungen aus dem Politikbereich zu orientieren. Eine theoretisch fundierte und somit selbstbestimmte kritische Soziale Arbeit

zeichnet sich dadurch aus, dass sie ihren Gegenstand eigenständig benennt und sich auf diesen Gegenstand im Kontext der Ausgestaltung der sozialpädagogischen Praxis auch tatsächlich bezieht. Gegenstand Sozialer Arbeit sind meiner Einschätzung nach Prozesse und Auswirkungen sozialer Ausschließung und Ausgrenzung.

Bezug nehmend auf diesen Gegenstand können als zentrale Aufgaben Sozialer Arbeit u.a. benannt werden die Realisierung gesellschaftlicher Teilhabe und Chancengleichheit sowie die Ermöglichung sozialer, ökonomischer, kultureller und politischer Partizipation. Das sind meiner Meinung nach die Kernpunkte sozialpädagogischer Theorie und Praxis.

Darüber hinaus und Bezug nehmend auf ihren Gegenstand zeichnet sich eine kritische Soziale Arbeit dadurch aus,

- dass sie in einer kritisch-reflexiven Grundhaltung über strukturelle Zusammenhänge und Folgen - bezogen beispielsweise auf soziale Ungleichheit oder Prozesse der sozialen Ausschließung - aufklärt und auf das eigene Selbstverständnis und die angetragenen Erwartungen von Politik und Gesellschaft bezieht;
- dass sie die Verfestigung und Legitimation von sozialer Ungleichheit (auch durch Kriminalisierungen und andere personalisierende Negativzuschreibungen) deutlich macht und damit gesellschaftliche Interessenkonflikte und Machtunterschiede - nicht zuletzt bezogen auf die Kategorie Geschlecht - aufdeckt;
- dass sie sich nicht als Lösung oder Bearbeitung von Devianz, Kriminalität, Gewalt oder sonstigen „sozialen Problemen“ anbietet,
- sie zeichnet sich ferner dadurch aus, dass sie sich von den Zumutungen ordnungspolitischer Problemlösungen distanziert und sich über die Thematisierung und politisierende Bearbeitung von sozialer Ungleichheit, sozialem Ausschluss, Unterdrückung und Diskriminierung zu begründen versucht;
- sie zeichnet sich dadurch aus, dass sie Macht- und Herrschaftsstrukturen (entlang der Trennlinie von Klasse, Geschlecht, Rasse, Ethnizität und Alter) analysiert und kritisiert;
- sie zeichnet sich dadurch aus, dass sie Diskurse wie zum Beispiel über „Randgruppen“ oder „Kriminalitätsgefährdung“ als herrschaftslegitimierende Techniken

der Wirklichkeitsproduktion und somit von gesellschaftlichen Ordnungen in der bürgerlich-kapitalistischen modernen Industriegesellschaft erkennt und diese analysiert,

- und letztlich zeichnet sie sich dadurch aus, dass sie - orientiert an den Prinzipien der Aufklärung und Emanzipation - Bildungsprozesse in Richtung auf eine selbstbewusstere und selbstbestimmtere Lebenspraxis, letztlich in Richtung der (politischen) Mündigkeit der Subjekte ermöglicht.

2. Anforderungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes

Mit diesen Formulierungen bin ich nicht weit entfernt von den Anforderungen des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, in dem übrigens an keiner Stelle steht, dass Jugendarbeit Gewalt oder Kriminalität zu verhindern hat. Vielmehr steht dort geschrieben:

Kinder- und Jugendhilfe hat das Recht eines jeden jungen Menschen auf Förderung seiner Entwicklung zu verwirklichen.

Kinder- und Jugendhilfe hat das Recht eines jeden jungen Menschen auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit zu verwirklichen

Zur Verwirklichung dieses Rechts soll Kinder- und Jugendhilfe:

- junge Menschen in ihrer individuellen und sozialen Entwicklung fördern;
- dazu beitragen, Benachteiligungen zu vermeiden oder abzubauen;
- dazu beitragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien zu erhalten oder zu schaffen;
- dazu beitragen, eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen

Konkret sind jungen Menschen im Rahmen der Jugendarbeit die zur Förderung ihrer Entwicklung erforderlichen Angebote zur Verfügung zu stellen. Diese Angebote sollen:

- junge Menschen zur Selbstbestimmung befähigen. Das ist ein Bildungsauftrag.
- junge Menschen zu gesellschaftlicher Mitverantwortung und zu sozialem Engagement anregen und hinführen;
- an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden

Bei der Ausgestaltung der Leistungen / Angebote sind u.a. das wachsende Bedürfnis junger Menschen zu selbständigem, verantwortungsbewusstem Handeln zu berücksichtigen.

3. Ein Modell für sozialpädagogische Praxis

Bei der Ausgestaltung der Leistungen / Angebote sind nicht nur die unterschiedlichen Lebenslagen von Mädchen und Jungen zu berücksichtigen, sondern darüber hinaus Benachteiligungen abzubauen sowie die Gleichberechtigung von Jungen und Mädchen zu fördern

Anhand eines Schaubildes möchte ich Ihnen folgendes verdeutlichen: In der sozialpädagogischen Praxis ist ein Bezug auf theoretisches, konzeptionelles Wissen unabdingbar. Es bildet den Rahmen für die praktische Arbeit im Sozialraum. Damit versucht man zum Beispiel Ausgrenzungsprozesse zu vermeiden, Lebenslagen der Menschen einzubeziehen und pädagogische Prozesse als Bildungsprozesse zu gestalten. Das Schaubild lehnt sich an das Konzept der Lebensweltorientierung von Hans Thiersch an und ergänzt dieses (siehe nächste Seite).



Dr. Frank Bettinger und
Gerd Wenzel

Lebenswelt

Inbegriff der Wirklichkeit der in die Gesellschaft eingebundenen Individuen, einer Wirklichkeit, die individuell erlebt und erfahren wird

Subjektive Dimension

Die subjektiv erlebte und erfahrene Welt, als eine von jedem Menschen selbst geschaffene, angeeignete, bedeutete Welt, die der Mensch als fraglos gegeben, als selbstverständlich annimmt. – Lebensweltorientierung nimmt ihren Ausgangspunkt am Individuum

Objektive Dimension

Die materielle Welt, in der der Mensch lebt und die objektiv beschreibbar ist: die soziale Umwelt, die verfügbaren ökonomischen Ressourcen, das Gemeinwesen und der Sozialraum als geographischer Raum, die soziale und kulturelle Infrastruktur, das (Nicht-)Vorhandensein von Bildungsinstitutionen oder Kinder- und Jugendhilfeangeboten

Diskursive Dimension

Die über sprachvermitteltes Wissen konstruierte Wirklichkeit. Hier wird in gesellschaftlichen, in räumlichen und zeitlichen Kontexten Bedeutung geschaffen, mit denen Menschen die sie umgebende Umwelt deuten und darauf aufbauend handeln. In Diskursen werden Bedeutungen geschaffen und reproduziert; in Diskursen werden „Fälle“, „soziale Brennpunkte“, „gefährliche Populationen“, Bedarfe, soziale Probleme konstruiert, die dann wiederum zur Grundlage sozialpädagogischen Handelns werden

Sozialpädagogisches Handeln

Diskursive Dimension

Hinterfragen und Problematisieren gesellschaftlicher, aber auch zeitlich und räumlich begrenzter Diskurse bzw. hegemonialer Wissensbestände. Die Entstehung des durch Diskurse transportierten Wissens, das Grundlage kollektiven und individuellen Bewusstseins ist, ist zu rekonstruieren. Alternative Deutungen bzw. Wirklichkeiten sind in den Diskursarenen einzubringen (Medienpräsenz, öffentliche Veranstaltungen, Tagungen, Gremien, Jugendhilfeausschuss, Jugendhilfeplanung usw.)

Objektive Dimension

Benachteiligungen vermeiden oder abbauen; positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt erhalten und schaffen. Einmischung in Bereiche wie Stadtentwicklung, Arbeitsmarktpolitik und Wohnungspolitik. Beteiligung (ermöglichen) an Sozialplanung, insbesondere an Jugendhilfeplanung. Gemeinwesenarbeit als Arbeitsprinzip.

Subjektive Dimension

Rekonstruktion subjektiver Weltansichten, um zu verstehen, wie die Individuen die Welt erleben und wo sie Behinderungen einer selbstbestimmten und ausreichend versorgten Existenz erkennen. – Bildungsprozesse initiieren um Subjektentwicklung, um soziale Subjektivität zu ermöglichen. – Alternatives Wissen über strukturelle Zusammenhänge und soziale Ausschließungsprozesse anbieten und Perspektiven der Veränderung eröffnen. – Vermittlung von Lebensbewältigungskompetenzen

Ein Sozialpädagoge muss folgende lebensweltlichen Dimensionen kennen und in seinem sozialpädagogischen Handeln berücksichtigen. Diese resultieren aus den theoretischen und rechtlichen Vorüberlegungen.

- Subjektive Dimension: Jedes Subjekt hat eigene Bedürfnisse, die ein Sozialpädagoge berücksichtigen muss. Ihre Deutungen, ihre Wahrnehmungen von Problemen und Phänomenen müssen berücksichtigt werden.
- Objektive Dimension: Nicht nur die Interaktion mit den Kindern und Jugendlichen auf der subjektiven Ebene ist relevant. Ein Sozialpädagoge hat das Umfeld und den Sozialraum der Kinder und Jugendlichen zu analysieren und zu bewerten: Gibt es Behinderungen? Gibt es Möglichkeiten, das Individuum zu stärken? Welche Angebote sind zusätzlich notwendig?
- Diskursive Dimension: Es gibt keine „Fälle“, „Soziale Brennpunkte“ oder „soziale Probleme“ an sich. Diese Kategorien sind Konstruktionen, mit denen eine zu bearbeitende Wirklichkeit hergestellt wird, die wiederum zu Stigmatisierungen führen können.

Sozialpädagogische Praxis ist mehrdimensional.

4. Wir brauchen in der Kinder- und Jugendhilfe Planungsprozesse!

Es gibt die Verpflichtung des Jugendhilfeträgers wie der Stadt Bremen, Planungsprozesse durchzuführen. Es müssen Bedarfe der Kinder und Jugendlichen ermittelt werden. Diese Planung findet in Bremen nicht statt. Bedarfe werden unterstellt, nicht ermittelt.

Ich plädiere dafür, die Planungsprozesse sozialräumlich und kontinuierlich durchzuführen. In diese Planungsprozesse sind Kinder, Jugendliche und Personensorgeberechtigte einzubeziehen. Wir fordern deshalb, dass Sozialpädagogen, die in den Stadtteilen arbeiten, in die Lage versetzt und qualifiziert werden, Bedarfe zu ermitteln und sozialräumliche Konzepte zu entwickeln.

Zusammenfassend gesagt: Die Ausgestaltung der sozialpädagogischen Praxis darf nicht kommunalpolitischen Entscheidungsträgern überlassen werden, sondern hat sich zu orientieren an theoretischen, professionellen Standards, an den rechtlichen Maximen des KJHG, an den Bedürfnissen, Wünschen und Interessen junger Menschen und Personensorgeberechtigten. – Aspekte, die im Rahmen sozialräumlicher Konzeptentwicklung und Jugendhilfeplanung zu berücksichtigen zu berücksichtigen sind!

Handlungsansätze für den demografischen Wandel

Joachim Barloschky, Quartiersmanager in Osterholz-Tenever

Fangen wir mit dem realen Leben an:

Heute ist der 17.03.2009, morgen am 18.03. läuft das Datum für die Familie Genc für eine freiwillige Ausreise ab. Der Familie droht dann sofort die Abschiebung; einer Familie aus dem Libanon (staatsrechtlich Türken), die seit 20 Jahren in Deutschland wohnen und seit 12 Jahren gut integriert in Tenever leben.

Ist das nun ein Problem der Einzelfallhilfe, des Casemanagers, der mit der Familie individuell arbeitet? Ist das das Problem des Hauses der Familie oder des Frauengesundheitszentrums, die Frau Genc im Rahmen der Sozialen Gruppenarbeit betreuen? Es ist meiner Meinung nach das Problem des Gemeinwesens und der Politik, denn es betrifft und beschäftigt in Tenever viele Menschen. Es betrifft und beschäftigt die sozialen Einrichtungen, die Schulen, die Kindergärten. In Tenever hat man gesagt: Wir wollen, dass die Familie aus humanitären Gründen in Deutschland und in Tenever bleibt. Es gab Unterschriftenaktionen, ein Solidaritätsfest und zunächst ist die Abschiebung ausgesetzt worden.

Die Härtefallkommission soll darüber im Mai entscheiden – ein gutes Datum. Denn im Mai ist in Bremen Kirchentag. Bremen als Gastgeberstadt des Deutschen Evangelischen Kirchentages unter dem Motto „Mensch wo bist Du?“ täte gut daran, dafür zu sorgen, dass diese Frage nicht eine besonders dramatische Dimension bekommt, wenn die Menschen in Tenever und ganz Bremen fragen: „Wo ist Familie Genc, wo sind unsere Nachbarn, Mit-Gärtner, Freunde, Kameraden geblieben? Was ist aus ihnen geworden?“ Sind das die Weltoffenheit und der soziale Zusammenhalt, für den diese Stadt steht

Das was in den letzten Wochen geschehen ist, nämlich Bürgerengagement, Zusammenschlüsse, Einmischen, moralische oder politische Wertungen im Stadt(teil)diskurs: Das ist bürgerschaftliches Engagement für Menschenwürde und gegen Rassismus. So

gesehen ist Tenever ist ein Vorbild für unsere Stadt. Für Weltoffenheit, Solidarität und sozialen Zusammenhalt! Dafür, dass Menschen ihre Geschicke in die eigenen Hände nehmen. Familie Genc muss und wird bei uns bleiben! (Die Aktivitäten waren erfolgreich: Mittlerweile hat der Bremer Innensenator der Familie einen Aufenthaltstitel zugesprochen.)

Solch eine Bewegung ist nur möglich mit guter Vernetzung, mit bürgerschaftlichem Engagement, mit einem politischen und gemeinwesenorientierten Verständnis von Sozialer Arbeit.

Was ist Gemeinwesenarbeit in Tenever?

Tenever ist hoch, jung, international mit einem 80%igen Anteil von Migranten, es ist arm und engagiert. Den Kern bildet ein Hochhausviertel. Tenever war ein Demonstrativbauvorhaben des Bundes, aber die Planer haben damals die gesellschaftliche Entwicklung nicht richtig antizipiert. Man ging davon aus, dass Bremen auf 800.000 Einwohner wächst, man hat den Zuzug von Migranten nicht kalkuliert und man hat die Spaltung der Stadt in benachteiligte Quartiere („Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“, wie es so schön heißt) und privilegierte Quartiere nicht bedacht.

Was bedeutet in Tenever Gemeinwesenarbeit? Es ist nach meinem Verständnis nicht nur eine Methode der sozialen Arbeit, wie es auch heute noch an manchen Hochschulen (nicht in Bremen) gelehrt wird, wo man zwischen Einzelfallhilfe, sozialer Gruppenarbeit und eben Gemeinwesenarbeit unterscheidet. In der praktischen Arbeit in Tenever sagen alle, die soziale Arbeit machen: Wir wenden das Prinzip Gemeinwesenarbeit an. Es ist eine Einstellung, eine Arbeitshaltung, die eine ganz bestimmte Sichtweise beinhaltet. Das bedeutet, dass der Mensch immer als Teil eines größeren Zusammenhangs gesehen wird: alle Fragen und Probleme der Menschen im Stadtteil haben etwas zu tun mit ihrer Lebenswelt, mit den Stärken und Schwächen eines Quartiers oder Kiezes, mit den bestärkenden wie auch den hemmenden oder behindernden Strukturen. Das Prinzip Gemeinwesenarbeit sieht die Menschen als Experten ihres Lebens – und handelt nicht für, sondern mit ihnen. Die Gemeinwesenarbeit greift die Themen der Menschen auf und verknüpft sie mit den Lebensverhältnissen. Wenn man das berücksichtigt, ist man nah dran an den Menschen; an ihren Wünschen, ihren Vorstellungen von gutem Leben, ihren Sorgen und Nöten. Und wenn man daran anknüpft, die Menschen ernst nimmt und wertschätzt, dann kann man auch gemeinsam Strategien zur Veränderung entwickeln. Sowohl strukturelle Veränderungen sind gemeint zum Beispiel im bauli-

chen Umfeld als auch Veränderungen bei den Menschen, die ermutigt werden, sich für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen einzusetzen. Man benötigt den Grundgedanken, Teilhabemöglichkeiten zu schaffen: Teilhabe an Bildung, Gesundheit, Arbeit und Freizeit, Gestaltung des Lebensumfeldes. Es bedeutet Beteiligungsmöglichkeiten schaffen – und zwar ernst gemeinte, konkrete, die nicht nur Scheinbeteiligung sind.



Joachim Barloschky

Ein etwas ketzerisches Beispiel:

Während auf Initiative des Bürgermeisters (oder der Tourismuszentrale?) angeblich die „halbe Stadt Bremen leidenschaftlich über den Standort der Bremer Stadtmusikanten diskutiert“ (Weser-Kurier 03.03.2009), gibt es von Seiten der Politik keine Diskussionsoffensive mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Stadtteilen und Quartieren, wofür die 117 Millionen Euro aus dem Konjunkturprogramm II ausgegeben werden. Dabei wissen die Bewohnerinnen und Bewohner sehr genau, wo der Schuh drückt und in den WIN-Quartieren wird permanent bewiesen, wie der Diskurs über Notwendigkeiten der Stadtentwicklung erfolgreich mit allen Akteuren (Politik, öffentliche Verwaltung, Wohnungsgesellschaften, lokale Ökonomie, soziale Einrichtungen, Initiative und Schulen sowie den BewohnerInnen) geführt wird.

Die Probleme sind in einer durch Armut und Reichtum gespaltenen Gesellschaft und Stadt sehr viel existenzieller, als die Stadtmusikanten -Diskussion vorgaukelt. Aber in Tenever reden die Menschen öffentlich über diese Probleme. Als ein Beispiel möchte ich die Wohnsituation in zwei Häuserblocks in Tenever nennen. Die Häuser sind im Besitz transnationaler Finanz-Konzerne, die lediglich das Interesse an Mietzahlungen

haben und nichts in den Bestand der Wohnungen investieren. Die Folgen sind verfallene Häuser, Probleme mit Schimmel, Wasserrohrbrüche, defekte Fahrstühle und dergleichen. Die Mieter – auch unterstützt durch die Gemeinwesenarbeit – wehren sich, machen Mietminderungskampagnen und Öffentlichkeitsarbeit. Ein zweites Beispiel: Die Bewohnerinnen und Bewohner von Tenever wenden sich an das Sozialressort und an die BAGIS mit dem Hinweis, dass auch in arbeitsmarktpolitischen Programmen und öffentlich geförderter Beschäftigung der Verdienst so gering ist, dass die Menschen weiterhin auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind. Die Forderung nach einem fairen Mindestlohn wird in Tenever öffentlich diskutiert.

Welche Mittel und Methoden haben wir, um die Menschen in Tenever zu ermutigen, für ihre Teilhabechancen zu kämpfen?

Zunächst gibt es seit mehr als 35 Jahren einen selbstorganisierten Arbeitskreis der Initiativen, Einrichtungen und Schulen. Diese Einrichtungen kommen einmal im Monat zusammen, um alle Themen des Gemeinwesens zu besprechen. Aus diesem Arbeitskreis Tenever haben sich weitere Arbeitskreise entwickelt zu folgenden Themen: Kinder, Jugendliche, Frauen, Beschäftigung. In all diesen einmal monatlich tagenden Arbeitskreisen werden Informationen ausgetauscht und Kooperationen und gemeinsame Aktivitäten verabredet.

Zusätzlich machen wir dort sozialpolitische Interessenvertretung. Menschen wenden sich nämlich mit ihren Problemen an die Einrichtungen und wir versuchen gemeinsam, solche Probleme zu lösen. Und wir machen kleinräumige Jugendhilfeplanung, zum Beispiel setzen wir uns für zusätzliche Kindergartenplätze, insbesondere für 0-3jährige Kinder ein. In Tenever hilft uns die Kleinräumigkeit. Die Wege sind kurz und wir können die Menschen schnell erreichen – und die uns.

Der Arbeitskreis Tenever ist ein Arbeitskreis von Profis. Wir haben aber auch eine Stadtteilgruppe Tenever (so etwas gibt es auch in 10 weiteren benachteiligten Quartieren in Bremen). Dort treffen sich die Menschen, die in Tenever wohnen und die Ortspolitiker, die für Tenever Verantwortung tragen. Regelmäßig kommen 50 bis 100 Personen zusammen. Sie diskutieren aktuelle konkrete Probleme, wie zum Beispiel die Benachteiligungen des Quartiers, zentrale Fragen der Infrastruktur oder den Erhalt bzw. Schaffung von sozialen Treffpunkten und Freizeiteinrichtungen. Es gilt das Prinzip: Alle werden ernst genommen und man versucht, konkrete Lösungen zu finden. So führen

wir den Stadtteildiskurs mit allen, mit denen, die dort leben (Bewohner und Bewohnergruppen), arbeiten (in den Schulen und sozialen Einrichtungen sowie der lokalen Ökonomie) oder Verantwortung haben (Politik, Wohnungsunternehmen, öffentliche Verwaltung). Wir initiieren Haussprecherwahlen mit einer Beteiligung von immerhin bis zu 83% bei 130 Mietparteien. Wir initiieren Projekte, die dazu beitragen, die Lebensbedingungen im Stadtteil zu verbessern. Über die „WiN (Wohnen in Nachbarschaften)“- und „Soziale Stadt“-Förderung verfügen wir über ca. 300.000 Euro, die nicht von der Bürgerschaft sondern von der Stadtteilgruppe im Konsensprinzip vergeben werden. Mit diesem Geld werden zum Beispiel der Kinderbauernhof, die Halle für Bewegung, die Interkulturellen Gärten und etliche Projekte der sozialen Einrichtungen und Schulen in Tenever mitfinanziert. Mit solchen Projekten sorgen wir nicht nur dafür, dass der Chancengleichheit reale Projekte entgegen gesetzt werden sondern auch dafür, dass ein positives Bild von Tenever in der Öffentlichkeit entsteht.

Wir organisieren auch Seniorenkonferenzen einmal pro Jahr mit einer Teilnahme von 100 bis 200 Senioren. Dort geht es um Themen, die die Senioren im Stadtteil interessieren, zum Beispiel auch die Beschaffung von zusätzlichen Ampelanlagen an sehr befahrenen Straßen und auch um Grundfragen des Lebens im Alter und Sozialpolitik.

Wie gelingt es in Tenever, dass die Bewohner sich beteiligen?

Man muss Menschen ernst nehmen, sie motivieren und unterstützen sowie Räume schaffen, sowohl im konkreten Sinne als Treffpunkte wie auch im übertragenen Sinn als Zusammenschluss von Menschen. Die Bewohner brauchen keine Evaluationen, Dokumentationen, Richtlinien, sie brauchen Beziehungsarbeit und Ansprechpersonen.

Ein gutes Motto für die Arbeit in einem Gemeinwesen wie Tenever lautet:

Der Staat sollte vorzüglich für die Ärmern sorgen,
die Reichen sorgen leider nur zu sehr für sich selbst.

Johann Gottfried Seume (1763 -1810)

Wohnen im Quartier

Alexander Künzel, Vorstand Bremer Heimstiftung

„Ganz normales Leben“ das ist auch der Handlungsansatz der Bremer Heimstiftung. Wir sind sehr engagiert in einem Projekt „Zukunft Quartier – Lebensräume zum Älterwerden“. Dort werden die Fragen gestellt: „Was sind die Handlungsansätze im demografischen Wandel? Was tut die Wohlfahrtspflege? Was sind zukünftige wichtige Aufgaben?“ Demografischer Wandel wird in der politischen Debatte oft mit einem Katastrophenszenario diskutiert. Man kann es aber auch anders betrachten: Wir haben im Vergleich zu unseren Vorgängergenerationen 20 geschenkte Jahre, die es sinnvoll zu nutzen gilt.

Für viele bedeutet der demografische Wandel nicht Gemeinwesenarbeit, Vernetzung, Wohnen im Quartier sondern immer mehr Pflegeheime auf der grünen Wiese. Auch in Bremen entstehen weiterhin noch viele Pflegeheimplätze, weil sich Investoren von Pflegeeinrichtungen eine hohe Rendite versprechen.

Die Bremer Heimstiftung ist an 25 Standorten aktiv. Seit 10 Jahren hat die Heimstiftung kein Pflegeheim mehr gebaut, sondern wir suchen nach Alternativen zu dieser institutionsorientierten Lösung. Wir suchen nach vernetzten Lösungen im Stadtteil.

Wir haben Kernanforderungen für neue Wohnformen formuliert, die wir auf alle unsere Wohnprojekte übertragen können, sei es auf das „Haus im Viertel“ im Bremer Steintor oder auf das Stadtteilhaus Tenever.

- **„Klasse statt Masse“**
Wir wollen keine weiteren Pflegeplätze schaffen, sondern setzen auf ambulante stadtteilorientierte Kompetenzzentren
- **„Netzwerke statt Käseglocke“**
Einrichtungen müssen sich innerhalb des Stadtteiles öffnen, müssen mit anderen zusammenarbeiten. In einigen Häusern der Bremer Heimstiftung arbeiten wir mit bis zu 17 Organisationen zusammen. Wir leben das Prinzip Gemeinwesenorientierung
- **„Quartier statt grüne Wiese“**
Institutionen müssen ein ganz normaler Bestandteil eines Quartiers werden

Vernetzte Organisationsformen fallen aber nicht vom Himmel. Voraussetzung ist eine neue Steuerung der Ressourcen weg von der Institutionsorientierung und hin zu einer Förderung von Unterstützungssystemen mit Nachbarschaften, professionellen

Diensten und bürgerschaftlichem Engagement. Auch ältere Menschen gilt es dort einzubinden.

Im Haus im Viertel zum Beispiel gibt es professionelle Gemeinwesenarbeit, finanziert von den Mietern. Die leistet eine Förderung von sozialen Netzen und von neuen Formen des Hilfemixes. Wenn eine Mieterin Unterstützung benötigt, wird nicht unbedingt der professionelle Pflegedienst beauftragt, sondern es wird auch geprüft, ob zum Beispiel eine Begleitung zum Arzt nachbarschaftlich gelöst werden kann. Die Profis sind dafür zuständig, dass keine Lücke in der Versorgung entsteht. Unterstützt werden zum Beispiel auch Lebens- und Lernpartnerschaften zwischen Jung und Alt. Im Stadtteilhaus Tenever wird es auch darum gehen: Wir fördern die Mitverantwortung der Menschen, die dort wohnen?

Mit dem Stadtteilhaus Huchting haben wir beispielhaft eine Institution „geknackt“. Aus einem großen Pflegeheim mit über 100 Plätzen haben wir ein Kooperations-Stadtteilhaus gemacht mit 17 verschiedenen Partnern. Menschen mit Pflegebedarf wohnen nicht mehr auf großen Pflegestationen sondern in kleinen Wohneinheiten. Das Dienstleistungszentrum der Paritätischen Gesellschaft für Soziale Dienste und der Pflegedienst sind für den gesamten Stadtteil zuständig. Dort gibt es auch einen Sozialdienst für junge Migranten, der informiert und qualifiziert zum Thema personenbezogene Dienstleistungen gerade auch im Bereich der Pflege und Hauswirtschaft. Es gibt ein Mütterzentrum mit einem Kindergarten. Es gibt Netzwerke und kein Nebeneinander mehr von isolierten Institutionen.

In Tenever haben wir zwei Jahre lang sehr intensiv mit der GEWOBA geplant, wie ein Stadtteilhaus aussehen kann. In Tenever wohnen viele Migranten, die auch im Alter in diesem Wohnumfeld leben möchten. Wir beginnen mit einer Pflegewohngemeinschaft in einem Hochhaus und unterstützen die Mietergemeinschaft. Wir sind vor Ort, lernen die Strukturen kennen und planen gemeinsam mit den dort lebenden Menschen.

Was braucht ein Gemeinwesen, damit es aktiv funktionieren kann? Es bedeutet Umsteuerung von öffentlichen Mitteln. Es bedeutet Rückbesinnung auf Kleinräumigkeit. Und es ist auch ein intelligentes Sparmodell. Ein Hilfemix in solchen moderierten Settings in der Kombination von professionellen Hilfen und nachbarschaftlicher Anbindung sorgt dafür, dass der Hilfebedarf geringer wird bei zugleich besserer gesundheitlicher Situation des betroffenen älteren Menschen. Durch Netzwerke entsteht sozialer Reichtum. Etwas für andere tun, bedeutet, etwas für sich selbst zu tun.

Die Zukunft liegt im Quartier: Netzwerk „Soziales neu gestalten“

Die Bremer Heimstiftung ist Mitglied des Netzwerkes „Soziales neu gestalten“ (SONG). Kernbotschaft des Netzwerkes: Der demografische Wandel ist radikal. Er erfordert neue Antworten und die Bündelung aller Kräfte vor Ort bei den Menschen. Die Hilfe und Versorgung älterer, hilfsbedürftiger Menschen muss in Zukunft lokal, also im Quartier, geregelt und koordiniert werden.

Ausgangspunkt für die im Netzwerk erarbeiteten Positionen ist die folgende Prognose: Die Zahl der über 80-Jährigen wird von heute drei Millionen auf fast acht Millionen im Jahr 2050 wachsen. Der Bedarf an Pflege wird wachsen. Familienstrukturen, die heute noch die Pflege von Angehörigen sicherstellen, werden sich weiter verändern. Heute ist die Betreuung älterer Menschen ein unüberschaubares Gebilde aus verschiedenen Leistungsbereichen und Budgets. Die einzelnen Angebote im Quartier sind weder koordiniert noch vernetzt.

Vernetzter Sozialraum – das Quartier

Wie könnte ein funktionierendes Quartier aussehen? Die ganze Palette der ambulanten Pflege mit teilstationären Angeboten, betreuten Pflegewohngruppen wie Wohngemeinschaften, aber auch stationären Einrichtungen sollte wohnortnah organisiert sein und zusammenarbeiten. Große, mit dem Sozialraum nicht vernetzte Pflegeeinrichtungen dürfen nicht mehr gebaut werden. Zudem müssen die Bürger aktiv in die Stadtteilentwicklung eingebunden werden. Mit einer Netzwerkstrategie kann das Nebeneinander der verschiedenen Akteure koordiniert und zusammengebracht werden. Die Wohnungen müssen baulich angepasst, Neubauten barrierefrei errichtet werden.

Vielfalt wichtig

Selbstbestimmung und Teilhabe für die hilfsbedürftigen Menschen werden vor allem dann realisierbar, wenn möglichst viel Wahlfreiheit unter den Hilfsangeboten und die Möglichkeit zur Mitgestaltung der individuellen Hilfeleistungen besteht. Diese Anforderungen sind nur mit einer Pluralität des Dienstleistungsangebots erfüllbar, was eine ausreichende unternehmerische Handlungsfreiheit der Leistungserbringer erfordert.

Kommunen, Bund und Länder gefragt

Auch die Kommunen sind gefordert. Nur wenn das Zusammenspiel der Kommunen mit anderen Akteuren wie sozialen Dienstleistungsunternehmen, öffentlichen Leistungsträgern sowie den Bürgern klappt, hat das Altenhilfe-, Gesundheits- und Pflegesystem des Quartiers eine Zukunft. Die Kommunen müssen zum Beispiel eine integrierte Sozialraumanalyse mit Indikatoren für gemeinwesenorientiertes Handeln entwickeln, ämter- und ressortübergreifende Kooperation ermöglichen und Gemeinschaftsräume und Gemeinwesenarbeit in Quartierprojekten bereitstellen und finanzieren. Notwendig ist auch ein aktivierendes und flexibles Leistungsrecht. Im Heimrecht könnten beispielweise Abgrenzungskriterien für neue Wohnformen festgelegt werden.

Partner im Netzwerk SONG

Bank für Sozialwirtschaft AG, Köln,
Bertelsmann Stiftung, Gütersloh,
Bremer Heimstiftung, Bremen,
CBT – Caritas-Betriebsführungs- und Trägergesellschaft mbH, Köln,
Evangelisches Johanneswerk e.V., Bielefeld,
Stiftung Liebenau, Meckenbeuren-Liebenau



GEMEINWESENORIENTIERUNG ALS ZENTRALER BEZUG BREMISCHER SOZIAL- UND JUGENDPOLITIK

Infrastrukturplanung durch Partizipation

Dr. Michael Schwarz, Referatsleiter Kinder- und Jugendförderung, Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales

Themen des Vortrages:

1. Gemeinwesenorientierung versus Sozialraumorientierung
Für die Arbeit mit und in sozialen Räumen ist der Begriff Sozialraumorientierung geeigneter.
2. Sozialraumbezug in der Jugendförderung Bremens
„Übersetzung“ des Handlungsprinzips Sozialraumorientierung in die stadtteilbezogene Kinder- und Jugendförderung. Was sind zentrale Vorgaben und wie wird die dezentrale Ausgestaltung und Entscheidung organisiert?
3. Dilemmata und Herausforderungen
Welche Probleme ergeben sich bei der Umsetzung in die Praxis?

1. Gemeinwesenorientierung versus Sozialraumorientierung

Das SGB VIII regelt in vielen Bereichen Rechtsansprüche einzelner Menschen. Zum Beispiel ist gerade in diesem Jahr ein Rechtsanspruch auf Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahren geschaffen worden. Bis 2010 sollen für 35% aller Kinder Plätze bereitstehen.

Die Kinder- und Jugendförderung hat diese bestimmenden Vorgaben nicht. In den §§ 11/12 SGB VIII sind lediglich Infrastrukturverpflichtungen festgelegt. Angebote sind vorzuhalten, Jugendliche können aber nicht bestimmte Leistungen einklagen. Die Angebote der Kinder- und Jugendförderung haben allerdings bedarfsdeckend zu sein. Was bedarfsdeckend ist, soll mithilfe einer Jugendhilfeplanung festgelegt werden, die prozesshaft Bedürfnisse ermittelt, Bedarfe feststellt und Maßnahmen in Zusammenarbeit mit allen Akteuren entwickeln soll. Dies gilt sowohl für das Land Bremen als auch für die Städte Bremen und Bremerhaven.

Drei Dimensionen der Begriffe „Gemeinwesen“ und „Sozialraum“

Der Begriff Gemeinwesenorientierung hat eine politische, eine räumliche und eine administrative Dimension. Die politische Dimension beschreibt die gesetzgeberische Arbeit in den Parlamenten, dem Landtag, der Stadtbürgerschaft und der Stadtverordnetenversammlung. Als räumliche Einheit können wir das Gemeinwesen wie folgt untergliedern: Land, Stadt, Stadtbezirk, Stadtteil, Ortsteile, Quartier, Straße, sogar Wohnblöcke. Auch administrativ gibt es auch verschiedene Einheiten. Der Senat hat die Aufgabe, die Gemeinwesenorientierung sicherzustellen, die Senatsbehörde entwickelt die strategischen Linien, die Jugendämter und örtlichen Jugendhilfeausschüsse sind für die Ausführung zuständig. Darunter finden wir in Bremen beispielsweise noch die Ebenen der Sozialzentren und Stadtteilgruppen.

Um die lebensweltliche Orientierung an den Bedürfnissen und Bedarfen von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in Bremen adäquat zu beschreiben, halte ich den Begriff Sozialraumorientierung für geeigneter.

Der Begriff Sozialraum wird in der Jugend- und Sozialpolitik im dreifachen Sinne verwendet:

- Sozialraum als räumliche Kategorie der Steuerung für städtische Planung und Politik
- Akteure definieren „ihren“ Sozialraum
- Sozialer Raum als zentraler Fokus sozialer Arbeit, die auf Veränderung/ Gestaltung sozialer Räume zielt

(vgl. auch Hinte, Wolfgang (2007): Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe. Theoretische Grundlagen, Handlungsprinzipien und Praxisbeispiele einer kooperativ- integrativen Pädagogik. Weinheim und München: Juventa Verlag, S.29-33)

Diese drei Kategorien werden in der alltäglichen Arbeit des Jugend- und Sozialressorts mehr oder weniger intensiv berücksichtigt.

Sozialraum als räumliche Kategorie der Steuerung bedeutet, dass man nicht am grünen Tisch für eine gesamte Stadtgemeinde Angebote planen kann, sondern mit Kenntnissen der regionalen Gegebenheiten in kleineren Einheiten für die Menschen vor Ort planen muss. Die Akteure, d.h. die Adressaten und die Träger der sozialen Arbeit definieren ihre Sozialräume oftmals völlig anders als wir unsere Planungsbezirke. Zum

Beispiel sind Cliques mobil in den Stadtteilen unterwegs und orientieren sich nicht an Zuständigkeitsgrenzen von Ämterstrukturen. Wir müssen also bei unseren Planungen die Sichtweisen der Akteure mit einbeziehen. Der dritte Faktor versteht Arbeit im Sozialraum als gesellschaftspolitische Einmischung im Sinne von Stärkung und Ermütigung von betroffenen Menschen, ihre Interessen zu formulieren, sie vorzutragen und sie durchzusetzen. Der zweite und der dritte Faktor werden in unseren Planungen allerdings noch viel zu wenig berücksichtigt.

Planungsräume im Wandel

Die Planungsräume des Jugend- und Sozialressorts in der Stadtgemeinde Bremen haben verschiedene Reformstufen der Neuordnung Sozialer Dienste durchlebt. Dabei galt stets ein Grundprinzip: Die Leistungen sollten dichter an den Adressaten erbracht, die Planungen stärker in den Regionen verankert werden, ebenso die Verteilung der Ressourcen. Problematisch war aber stets, dass die verschiedenen Ressorts und Ämter ihre Planungsräume ganz unterschiedlich definierten und heute noch definieren. Ebenso gibt es noch viele Ressorts, in denen Entscheidungen zentralistisch getroffen werden, d. h. es gibt dort keine vergleichbaren dezentralen Entscheidungsstrukturen wie in der Jugendarbeit.

Bearbeitungsstrategien sozialer Integrationsbedürfnisse

Es gibt keine widerspruchsfreie Entwicklungen. Alle Bemühungen um stärkere Dezentralisierung von Entscheidungsrechten laufen parallel zu Bemühungen, Entscheidungen stärker zu zentralisieren. Es gibt einerseits die Entwicklung zur Sozialraumorientierung und andererseits – teilweise auch aus Geldmangel – die Schaffung von Spezialistenteams. Das eine Prinzip versucht, das Feld zu gestalten, das andere Prinzip, den Fall zu optimieren. Folgende Kategorien stehen sich gegenüber:

Zentralisierung

Dezentralisierung

Fallmanagement

Sozialraumorientierung

Spezialisierung

Entspezialisierung

professionelle Komplexität und Kompetenz

soziales Engagement in sozialen Netzen

Diese beiden Prinzipien werden nicht optimal miteinander verzahnt. Zwar arbeiten die Fallmanager dezentral in den Stadtteilen. Aber auf der Planungsebene arbeiten zum Beispiel Erziehungshilfe und Jugendförderung nicht vernetzt. Sozialraumorientierung ist also ein bereits im eigenen Ressortbereich gebrochenes Prinzip.

Ebenso ist zu beobachten, dass es zugleich einen Trend zu stärkerer Professionalisierung und gleichzeitig zur Initiierung und Förderung von bürgerschaftlichem Engagement gibt.

2. Sozialraumbezug in der bremischen Kinder- und Jugendförderung

Seit ca. 15 Jahren gibt es hier bereits nachhaltige Weichenstellungen: Beschlossen wurde vom Jugendhilfeausschuss damals bereits, die Verteilung der verfügbaren Haushaltsmittel für die stadtteilbezogene Jugendförderung mittels der Sozialindikatoren zu gewichten. Mit dem sogenannten Anpassungskonzept wurde dann im Jahre 2000 beschlossen, die Entscheidungen über die Vergabe der Mittel für die Jugendförderung auf der Grundlage von Stadtteilkonzepten konsequent in dezentralen Entscheidungsgremien zu treffen. Der Jugendhilfeausschuss ist seitdem nur noch für die Regelung der Eckpunkte, Verfahren und Entscheidungsrechte zuständig. Inhaltlich müssen spezielle Eckpunkte und Querschnittsthemen in allen Stadtteilen berücksichtigt werden:

- Übernahme Eigenaktivität fördern
- Besondere Zielgruppen präventiv erreichen
- Service-Qualitäten vorhalten
- Kooperation mit Schulen entwickeln
- Geschlechtsbezogene Ausgestaltung
- Interessenvertretung durch Jugendverbände
- gesundheits- und sportbezogene Angebote
- Qualifizierung der Fachkräfte / Jugendbildung
- Beispielbare Stadt

Zentrale Vorgaben für den Sozialraumbezug

Die verfügbaren Ressourcen werden auf die Orts- und Stadtteile aufgeteilt. Grundlage der Festlegung dieser Stadtteilbudgets sind sozialstatistische Daten mit jugendpolitischer Gewichtung. Wo der Förderbedarf von Kindern und Jugendlichen höher als in anderen Sozialräumen eingeschätzt wird, werden höhere Mittelquoten zuerkannt. Wir

nutzen sozialstatistische Daten für die jugendpolitische Gewichtung. Damit haben wir auf zentraler Ebene ein Hilfsmittel zur Ermittlung der Stadtteilbudgets. In die Verteilerschlüssel fließen zum Beispiel folgende Daten ein: Alter der Bezugszielgruppe, Auswahl von Sozialindikatoren wie Bildungsabschluss, Erwerbs- und Einkommensverhältnisse, Anzahl von Migranten. Diese Indikatoren werden gewichtet. Ein Problem ist, dass die Zahlen jeweils auf den gesamten Stadtteil berechnet werden. Spezielle Belastungssituationen zum Beispiel in einzelnen Nachbarschaften und Straßenzügen können noch nicht abgebildet werden.

Das Stadtteilbudget kann als das im Haushaltsplan festgelegte Geldvolumen definiert werden, das dem Amt für Soziale Dienste im Stadtteil für ein Haushaltsjahr vom Jugendhilfeausschuss zugeteilt und durch Zielvereinbarungen im Anpassungskonzept für die Kinder- und Jugendförderung abgesichert wird. Die Vergabe der Mittel soll sich an den Bedarfen der Kinder- und Jugendlichen im Stadtteil orientieren. Allerdings steht schon vorher fest, dass die Mittel begrenzt sind und nicht alle Bedürfnisse und Bedarfe befriedigt werden können. Die Verteilung der Mittel wird dezentral durch das Amt für Soziale Dienste im Zusammenwirken mit Akteuren des Stadtteils im Controllingausschuss ausgestaltet. Die Entscheidungen über Angebotsplanung und –finanzierung im Stadtteil erfolgen auf der Grundlage von Stadtteilkonzepten und unter Beteiligung von Akteuren.

Akteure definieren „ihren“ Sozialraum

Sozialräumlich orientierte Jugendförderung fragt vor der Konzepterstellung: Wie erleben Kinder und Jugendliche ihr Quartier, ihren Ortsteil oder Stadtteil? Welche Qualitäten haben für sie Orte und Räume? Wie sieht die Struktur der Lebensräume bestimmter Adressatengruppen aus, wie unterscheiden sie sich in ihren Bedürfnissen? Um Lebenslagen zu bewerten, um Prioritäten zu setzen und Angebotsstrukturen zu planen, müssen diese „weichen Daten“ ermittelt und mit den „harten Daten“ aus der Sozialstatistik kombiniert werden. Allerdings erreicht die Jugendförderung mit ihren Angeboten in der Regel nicht mehr als 10% aller Jugendlichen; das entspricht den Werten anderer Großstädte. Um alle Jugendliche zu erreichen, muss man die Schulen mit einbeziehen.

Sozialraumbezogene Handlungsprinzipien der Stadtteilkonzepte

Viele Daten sind uns nicht vollständig bekannt bzw. lassen sich nicht über verfügbare Datentabellen auslesen. Welche Angebote gibt es z.B. außerhalb der öffentlichen Finanzierung etwa in Kirchengemeinden oder Sportvereinen? Welche örtlichen familiären oder informellen Vernetzungs- und Unterstützungsstrukturen gibt es? Diese gilt es im Stadtteil zu identifizieren. Berücksichtigt werden müssen auch die Beteiligungsstrukturen (CA, Jugendforen, Beiräte).

Interessen wollen sich durchsetzen

Die meisten Akteure sind organisiert und haben eigene Interessen. Träger haben zum Beispiel wirtschaftliche Interessen und orientieren sich nicht nur an den Bedarfen der Jugendlichen. Auch die Einrichtungen und Fachkräfte wollen ihre Arbeit weiterentwickeln, binden Jugendliche an sich und sehen natürlich die Bedarfe in ihrem direkten Arbeitsumfeld. Sie sehen es nicht immer als ihre Aufgabe an, neu entstehende Bedarfe in ganz anderen Quartieren desselben Stadtteils zu identifizieren und darauf flexibel zu reagieren.

Auch die Stadtteilbeiräte als politische Konstruktionen sowie die Ämter, Vereine und Organisationen wollen Einfluss nehmen. Es werden Mehrheiten gebildet, um bestimmte Angebote zu unterstützen, Stadtteilkonzepte sind also in politischen Debatten veränderbar.

Partizipation verbessern

Die Jugendlichen selbst sind in solchen Aushandlungsdebatten oftmals das schwächste Glied. Wir wollen daher die Partizipation von Jugendlichen in den Stadtteilen verbessern. Nach der Erstellung eines Entwurfs für ein Stadtteilkonzept durch das Amt für Soziale Dienste und der Vorberatung in den Stadtteilgremien wollen wir in Kooperation mit Schulen der Stadtteile Jugendliche befragen und beteiligen. Das kann aber nur punktuell geschehen. Zum Beispiel wollen wir in einem Stadtteil vier achte Klassen befragen und die Schülerinnen und Schuler um ihre Einschätzung bitten. Ob Jugendliche zukünftig auch direkt an den Entscheidungen in den Controlling-Ausschüssen beteiligt werden sollen, ist noch offen. Denn hier müsste zunächst geklärt werden, wer die Jugendvertreter mit einem Mandat ausstatten könnte.

3. Dilemmata und Herausforderungen der Sozialraumorientierung

Folgende zentrale Herausforderungen müssen wir im weiteren Prozess der Sozialraumorientierung lösen:

- Homogenisierung
- Prävention
- Vernetzung
- Integrierte Handlungskonzepte
- Milieu

Homogenisierung

Die Bezugnahme auf einen Sozialraum steht immer in Gefahr, „bereits vorliegende Homogenitätsunterstellungen zu reproduzieren und damit das prinzipielle Problem symbolischer Ausschließung bestimmter Bevölkerungsgruppen zu verlängern, statt gegen dieses anzugehen“

(Kessel, F./Reutlinger, C.: Reflexive räumliche Haltung. 2007, S.124) .

Das bedeutet: Es besteht die Gefahr, ein Fremdbild über diesen Stadtteil zu reproduzieren und Strukturen zu verfestigen, die wir eigentlich auflösen wollen. In dem Maße, in dem wir einen Stadtteil als benachteiligt identifizieren, produzieren wir von außen eine Sichtweise über diesen Stadtteil. (Er bekommt mehr Geld, weil er so benachteiligt ist). Das hat Auswirkungen auf ganz andere Entscheidungen, zum Beispiel auch die, ob Eltern ihr Kind in einem bestimmten Stadtteil zur Schule schicken. Wir können mit der Identifikation von benachteiligten Quartieren auch Umzugsbewegungen in Gang setzen, die eine soziale Entmischung befördern, die zu verhindern unser ursprüngliches Ziel war. Uns stellt sich die Frage: Wie kann man einen Stadtteil so gestalten und aufwerten, dass die soziale Mischung erhalten bleibt, dass soziale Leistungsträger und Vorbilder nicht entfliehen?

Prävention

Wir erleben im Moment, dass man leichter Unterstützung für finanzielle Förderung erhält, wenn man darlegt, dass eine geplante Maßnahme Jugendkriminalität vermeiden kann. Es muss aber darum gehen, dass man auch sozialpädagogische Angebote zur Eröffnung zusätzlicher (= bisher fehlender oder nicht zugänglicher) Handlungsoptionen machen kann, ohne Jugendliche unter den Verdacht zu stellen, potenziell

„kriminell“, „gewaltbereit“, oder „dissozial“ zu sein. Sozialräumliche Jugendarbeit darf nicht für „Ordnungspartnerschaften“ instrumentalisiert werden. Sonst verkehrt sich die Aufgabe der Jugendarbeit: Statt Jugendliche in der Aneignung öffentlicher Räume zu stützen, wird es ihr Ziel, Jugendliche aus dem unkontrollierten öffentlichen Raum herauszuholen. Statt die Stärken von Kindern und Jugendlichen in Selbstbildung zu fördern, wird sie auf defizitorientierte Problemmilderung reduziert – und in ihrem Wert an der diesbezüglichen Wirksamkeit gemessen. Maßlos überhöhte Präventionserwartungen kann aber auch die beste Jugendarbeit nicht befriedigen.

Vernetzung

Wie kann vermieden werden, dass sich bestehende Netzwerkstrukturen immer wieder selbst reproduzieren und sich hin zu eher geschlossenen Gruppen entwickeln? Wie kann es gelingen, die Nicht-Beteiligten zu beteiligen? Müssen vorhandene Netzwerke geöffnet werden oder muss man zusätzliche Netzwerke im gleichen Sozialraum schaffen? Wenn wir über 15 Jahre in einem Stadtteil immer wieder das Geld an dieselben vier Träger geben, die zusätzlich auch noch in den Controllingausschüssen aktiv sind, dann wird es problematisch, neue Akteure einzubinden. Wenn wir Beteiligung ernst nehmen wollen, müssen wir Netzwerke öffnen und auch neue Projekte evtl. von Anwohnern oder Jugendlichen fördern. Außerdem kostet Netzwerkarbeit Zeit und Geld. Nicht jeder zusätzliche „Runde Tisch“ oder „Beirat“ führt wirklich zur Optimierung von Ergebnissen.

Integrierte Handlungskonzepte

Die Konzepte der verschiedenen Ressorts sollen miteinander verknüpft werden. Aber die verschiedenen Akteure haben heterogene Perspektiven, Problemdefinitionen und entsprechende Handlungslogiken. Schulverweigerung bedeutet zum Beispiel für die Schule Schulschwänzen, für die Polizei ein Sicherheitsproblem, für die Sozialarbeit eine Adoleszenzproblematik, für die Arbeitsverwaltung Integrationshemmnisse auf dem Arbeitsmarkt und für die Jugendlichen selbst führt Schulverweigerung zunächst vielleicht zu einer subjektiv empfundenen Entlastung und individuellen Problemvermeidung. Integrierte Konzepte bedeuten immer Kompromisse. Wenn ressortübergreifend Strategien abgestimmt werden sollen, stellt sich die Frage, wer das Sagen hat, welche Kriterien das jeweilige Vorgehen prägen. Diese „Sachzwangdemokratie“ erschwert

nachträgliche Jugendpartizipation, - sie muss daher schon sehr frühzeitig stattfinden und abgesichert werden.

Milieu

Ungleiche Ressourcenausstattung besteht nicht nur zwischen verschiedenen Sozialräumen, sondern auch innerhalb von Sozialräumen und von Milieus. Das bedeutet, dass Menschen in den Sozialräumen sehr unterschiedliche Erwartungen und Perspektiven haben. Wie können bestehende kleinräumige Milieugrenzen in Frage gestellt und überwunden werden? Wir sind derzeit nicht in der Lage, Mobilitätsräume von Jugendlichen angemessen zu berücksichtigen. Wir planen die Förderung von Angeboten sozialraumbezogen, wir wissen aber nicht genau, ob die Jugendlichen tatsächlich aus diesen oder aus ganz anderen Sozialräumen kommen. Deshalb werden wir Nutzer- und Nutzerinnenstatistiken einführen,

Wir wollen neue Schwerpunktsetzungen bei den Angeboten. Das bedeutet aber auch unter Umständen Mittelumschichtungen bei den Angeboten. Wir wollen zugleich Kontinuität in der Jugendarbeit. Das bedeutet aber auch Bindung von Fördermitteln an feste Stellen und Orte.

Fazit

Sozialraumorientierte Jugendarbeit ist nicht per se gut oder schlecht. Ihre Position hat sie zu legitimieren – kommunalpolitisch, fachlich und insbesondere gegenüber den jugendlichen Nutzerinnen und Nutzern.

Leitlinien für eine moderne Gemeinwesenarbeit im PARITÄTISCHEN Bremen

Zur Bedeutung sozialer Netze

Der Mensch ist ein soziales Wesen. Er ist auf die Gemeinschaft mit und die Solidarität von anderen Menschen angewiesen, um sein Leben positiv gestalten und ein „gutes Leben“ führen zu können. Zwar hat die Familie, also die gegenseitige Verbundenheit von Eltern und Kindern, nach wie vor eine große Bedeutung. Neben diesen familialen Lebensformen gibt es in unserer offenen Gesellschaft auch gleichberechtigt eine Vielzahl unterschiedlicher Lebensentwürfe und Lebensformen. Menschen organisieren ihr Leben schon immer in sozialen Netzen, auch in beruflichen Bezügen, bei Freizeitaktivitäten oder bei der Bildung interessengelagerter Zusammenschlüsse.

Mit der zunehmenden Individualisierung kann soziale Integration verlorengehen. Die Schutz- und Entlastungsfunktion bei der Bewältigung von Belastungs- und Krisensituationen ist ohne stabile soziale Netze nicht gewährleistet. Es gibt Menschen, die aus ganz unterschiedlichen Gründen auf die Solidarität anderer Menschen angewiesen sind und deren Hilfe brauchen, zum Beispiel Kinder, behinderte, kranke oder pflegebedürftige Menschen.

Individuelle Netze stärken

Die Hilfe für den individuell betroffenen Menschen muss auf der Grundlage einer qualifizierten Entwicklungsplanung mit dessen Beteiligung und Zustimmung erbracht werden. Dabei sind die Selbsthilfepotenziale zu stärken. Es ist darauf zu achten, dass Professionelle und Betroffene auf gleicher Augenhöhe miteinander kommunizieren.

Die Bedürfnisse des individuell betroffenen Menschen stehen im Mittelpunkt und damit auch seine bestehenden sozialen Netze. Wichtig sind eine gemeinsam mit dem betroffenen Menschen abgesprochene Förderung und ein Ausbau seiner sozialen Netze unter Berücksichtigung der Ressourcen des Sozialraums.

Soziale Arbeit in professionellen Netzwerken paritätischer Mitgliedsorganisationen

Für den PARITÄTISCHEN Bremen steht die Frage im Mittelpunkt: Was braucht der Mensch als soziales Wesen? Wie können vorhandene soziale Beziehungen gestärkt und erweitert werden? Welche Selbsthilfepotenziale sind vorhanden? Eine solche grundsätzliche Orientierung auf die Bedürfnisse des einzelnen Menschen hat weitreichende Konsequenzen für die Erbringung sozialer Dienstleistungen, vor allem für die Strukturen von Trägern. Es bedeutet: Weg von der Angebotsorientierung und hin zur konsequenten Subjektorientierung.

Der Auftrag professioneller Helferinnen und Helfer ist es deshalb, das soziale Netz für den einzelnen Menschen zu organisieren und nicht, die durch ein fehlendes soziales Netz erforderlichen Leistungen durch professionelle Dienstleistungen zu ersetzen.

Die Arbeit in professionellen Netzwerken kann die Entwicklung der sozialen Netze des Einzelnen fördern. In einem gut organisierten professionellen Netzwerk können genauso wie in einem multiprofessionellen Team intelligentere und bessere Lösungen erarbeitet werden als es die jeweils einzelnen Mitglieder könnten.

Der Paritätische fördert die Vernetzungen seiner Mitgliedsorganisationen, um ein differenziertes, aufeinander abgestimmtes Leistungsangebot in den Stadtteilen aufzubauen, das den individuellen Bedürfnissen betroffener Menschen möglichst optimal entspricht. Gerade in ambulanten und teilstationären Versorgungsbereichen werden vernetzte Strukturen mit klar definierten Schnittstellen (Kommunikation, Leistungsabgrenzung, Verantwortlichkeit) zu qualitativ besseren Leistungen führen.

Beispiele gelungener Kooperationen von Mitgliedsorganisationen auf dem Weg zur Netzwerkbildung sind in bestimmten Quartieren gewachsen. Für kooperationsbereite Mitgliedsorganisationen ist es deshalb sinnvoll, für das regionale Umfeld ihrer Angebote eine Analyse des sozialen Raums vorzunehmen. Mit einer gemeinsamen Analyse kann die regionale Realität in ihrer Vielfaltigkeit und in ihren wechselseitigen Bezügen wahrgenommen werden. Dazu gehören Selbsthilfegruppen und Selbsthilfenetze ebenso wie Wohnungsbaugesellschaften, kulturelle oder in der Bildungsarbeit aktive Organisationen. Ziel ist es, die Adressaten in den Stadtteil zu integrieren und sie mit ihren Fähigkeiten und Aktivitäten umgekehrt zu einem integralen Bestandteil des Stadtteils zu machen.

Durch eine verstärkte Kooperation auf Stadtteilebene kann man zu einer besseren Leistung für die betroffenen Menschen kommen. Gerade die Vernetzung lokaler Angebote kann zu einem Markenzeichen paritätischer Mitgliedsorganisationen werden. Auch wenn die Kernaufgaben jeder Mitgliedsorganisation erhalten bleiben, beleben die regionalen Kooperationsbezüge. Sie öffnen den Blick, um Neues denken und wahrnehmen zu können. Es gilt, gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Haltung zu entwickeln, um grundsätzlich in Kooperationsbezügen zu denken und zu arbeiten.

Professionelle Netzwerke erleichtern es, den Blick über das eigene Arbeitsfeld hinaus zu richten. Netzwerke verbessern die Chancen der Zusammenarbeit von Trägern der Jugendhilfe mit denen der Altenhilfe oder der Behindertenhilfe und umgekehrt. Auf diese Weise können intergenerative Ansätze von Sozialarbeit gefördert werden. Der gesetzlich ohnehin vorgeschriebene Vorrang der ambulanten Versorgung ist im Rahmen professioneller Netzwerke leichter zu realisieren.

Der PARITÄTISCHE Bremen als Unterstützer von Netzwerken

Der Landesverband des PARITÄTISCHEN wird die Bildung professioneller Netzwerke weiterhin fördern. Gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen wird der Landesverband Strukturelemente professioneller Netzwerke erarbeiten. Wir werden bestehende Netzwerke in Hinblick auf ihre Stärken und Schwächen analysieren.

Es geht darum, Netzwerke zu verstehen, sie in ihrer Entstehung zu unterstützen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Mitgliedsorganisationen dabei zu fördern in Netzwerken zu denken und zu arbeiten. Der Landesverband wird Mitgliedsorganisationen auf dem Weg zur Netzwerkbildung unterstützen. Netzwerkbildung sollte Bestandteil des Leitbildes der im Paritätischen organisierten sozialwirtschaftlichen Unternehmen sein. Wir wollen allerdings keine fertigen Rezepte anbieten, sondern einen offenen Prozess des Nachdenkens und der Diskussion anregen, wie die jeweils sinnvollste Netzwerkbildung erfolgen kann.

Der Paritätische wird neue Mitgliedsorganisationen aktiv dabei unterstützen, sich in vorhandene Netzwerke einzubringen.



DEUTSCHER PARITÄTISCHER WOHLFAHRTSVERBAND
LANDESVERBAND BREMEN e.V.

Eduard-Grunow-Str. 24
28203 Bremen
Telefon: 0421 | 791 99-0
Telefax: 0421 | 791 99-99
E-Mail: info@paritaet-bremen.de
www.paritaet-bremen.de

